

ESSENER MORGEN

solidarisch – parteilich – links



Kopflös durch die Pandemie

Wie das Maßnahmenchaos ein Land verwirrt

Wer hätte im Januar dieses Jahres gedacht, dass Corona unser aller Leben bestimmen würde? Was zu Anfang eher harmlos schien, hat mittlerweile große Bereiche des öffentlichen Lebens stillgelegt.

Es ist aber weiterhin erlaubt, in einem Großraumbüro zu arbeiten. Man darf sich auch mit vielen anderen in überfüllte und stickige Bahnen und Busse drängeln. Diese fallen oft aus und sind unzureichend belüftet. Überhaupt werden viel zu wenige Busse und Bahnen eingesetzt.

Die Pandemie muss ernst genommen werden. Sowohl die Bundesregierung als auch die Stadt Essen haben es jedoch im Sommer versäumt, sich auf die zweite Welle vorzubereiten. An den Schulen gibt es immer noch keine Luftfilteranlagen und kein besseres Konzept als "Stoßlüften". Stattdessen legen positiv getestete Kinder immer wieder ganze Schulklassen lahm.

Wir sind sämtlich Verlierer:innen der Krise. Sämtlich? Nein, es gibt auch Gewinner:innen,

vor allem große multinational agierende Konzerne. Lieferando und vor allem Amazon schelfeln Profite wie nie zuvor. Viele kleinere Geschäfte gehen dagegen leer aus. Die Gastronomie und die vielen dort zu sowieso schlechten Bedingungen arbeitenden Menschen sind im Lockdown, Künstler:innen müssen ihr Erspartes aufbrauchen. Großkonzerne wie die Lufthansa dürfen weiterhin Menschen entlassen und erhalten trotzdem Staatsknete in Milliardenhöhe.

Andere Unternehmen schütten Dividenden aus und kassieren Kurzarbeiterzuschüsse.

Diese Krise zeigt wieder einmal: Die Abzocker:innen sitzen in den Vorstandsetagen. Zwar unterstützen inzwischen auch Teile der CDU die Forderung der Linken, die Reichen dieses Landes stärker in die Pflicht zu nehmen, von ernst zu nehmenen Schritten hin zu einer wirklich solidarischen Finanzierung der Kosten der Krise sind wir aber noch meilenweit entfernt.

Statt mit den Parlamenten einen demokratisch legitimierten Umgang mit der Krise zu

suchen, gefallen sich Landesregierungen und Bundesregierung darin, an den Parlamenten vorbei zu agieren – Öl auf die Mühlen all jener, die sowieso mit der parlamentarischen Demokratie abrechnen wollen, nicht um eine basisdemokratisch legitimierte Regierung mit den Menschen in diesem Land auf den Weg zu bringen, sondern um autoritäre Systeme zu installieren.

Dabei haben die Regierungen auf Landes- und Bundesebene noch nicht einmal den Erfolg auf ihrer Seite. Im internationalen Vergleich kommt Deutschland bestenfalls durchschnittlich gut durch die Krise – auch wenn die Vertreter:innen der Exekutive sich selbst feiern... und sich für die Bundestagswahl in Stellung bringen.

Die Kosten der Krise müssen von allen getragen werden – vor allem von jenen, die sich das leisten können und sich bisher vor der solidarischen Finanzierung drücken: Steuervermeidende Großunternehmen, superreiche Aktionär:innen und die leistungslosen Erben von Vermögen.

Geschrieben von René Schneider und Josephine Finn.

Hygienekonzept Schulen

Bei Fragen wenden Sie sich an den Förderverein Seite 2

Stadtentwicklung: Kein Plan

Alles Auto oder was? Seite 3

KlimaEntscheid Essen

Gegen grünen Ökokapitalismus und für Klimagerechtigkeit Seite 4

Feminismus & Ökologie

Wie die Klimakatastrophe die Benachteiligung von Frauen verschärft Seite 5

Verkehrswende: Ein Manifest

Ein Auszug aus dem gleichnamigen Buch von Carl Waßmuth Seite 6

Corona killt Nah- und Fernverkehr

Dringender Handlungsbedarf zur Rettung der öffentlichen Verkehre Seite 7

Einzelfälle bei der Polizei

Wie die Polizei systematisch ihr Vertrauen verspielt Seite 8

Nordstadt ist Mordstadt

Vorsicht: Satire. Seite 9

Das Problem mit der Blutspende

Warum der Spender-Mangel zu Teilen ein hausgemachtes Problem ist Seite 10

Schwarz-Grüne Inseln

Wie die Grünen ihre einstigen Werte verraten Seite 11

Friedrich Engels' 200. Geburtstag

Auszug aus "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" Seite 12



Offene Hartz-IV-Rechtsberatung

Montag - Donnerstag
im Heinz-Renner-Haus,
Severinstr. 1, 45127 Essen

Weitere Infos:



oder unter www.bg45.de

Hygienekonzept Schulen

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Ihre Eltern und den Förderverein

Da ist sie. Die zweite Welle. Da kommt sie über uns hereingebrochen. Einfach so. Wie ein Tsunami überrollt sie die Städte und Länder, drückt sich durch einen Dschungel von Kulturstätten, durch den Einzelhandel, durch Industrie und Ämter und rauscht über öffentliche Plätze auf Schulen und Kindergärten zu!

Wenn sie kommt, einfach Türen schließen, Fenster öffnen (Aerosole!) und hoffen, dass nach der Welle noch etwas übrig ist für die Kleinen. Denn wer groß genug ist oder das Glück hat, sich auf eins der limitierten Rettungspakete zu retten, der braucht sich nicht ganz so viele Sorgen machen.

Und der Rest? Schüler:innen zum Beispiel? Für sie heißt das Rettungspaket Wärmflasche, Decke und heißer Tee. Da kann bei

geöffneten Fenstern im Klassenraum eigentlich nichts mehr passieren: Draußen rauscht die Welle vorbei. Noch einmal Glück gehabt!

Sollte es wider Erwarten im Winter regnen, schneien oder stürmen, gehört natürlich ein feiner Regenponcho mit zur Ausrüstung dazu. Und immer schön die Masken aufbewahren! So können die Kinder auch weiterhin brav für ihre Zukunft – oder zumindest für die Zukunft der Wirtschaft – lernen.

Denn: Eine Bildungslücke wegen eines Virus riskieren? Nein, das geht doch nicht! Wo käme man denn hin, wenn über Herbst und Winter ein halbes Schuljahr einfach wegfallen würde? Dann doch lieber voll gerüstet im luftigen Klassenzimmer sitzen und hoffen, dass

man keine Erkältung bekommt – wenn schon kein Corona!

Haben wir etwas vergessen? Ach ja, sollte es im Klassenverband dann trotz oder wegen des Hygienekonzepts zu schnupfenähnlichen Symptomen kommen, wären noch die Eltern da, die sich sorgen müssen. Die Alleinerziehenden sowieso. Die sitzen nämlich schon seit Beginn der ersten jahreszeitlich bedingten Temperaturschwankungen mit bangem Blick auf Arbeit (bestenfalls!) und hoffen, dass ihre Nachkommenschaft nicht krank wird.

Was? Da hat jemand zwei oder drei Kinder? Oh weh! Wenn da jetzt jedes der Kinder zweimal eine Schniefnase bekommt, hieße das ja, dass der Mann oder die Frau, vielleicht zwei, vier, sechs Tage wegen Krankheit der Kinder zu Hause bleiben muss. Aber keine Panik. Der Gesetzgeber hat vorgesorgt. Er hat allen Eltern und Alleinerziehenden ein paar „Kinderkrankentage“ extra geschenkt.

Geht doch!

Geht doch? Ja, geht doch. Aber jetzt müssen die Eltern hoffen, dass sie erstens nicht selber krank werden und zweitens,

dass der Chef viel Verständnis für die vielen Fehltage hat. Und was im Falle einer schlimmen Erkrankung? Corona zum Beispiel?

Und das ist ja noch nicht alles! Wo Hilfe von oben fehlt, basteln unten die Eltern ihre eigenen Rettungspakete für den Klassenraum. Decken, Regenponchos und so weiter kann man ja vom Geld des Fördervereins kaufen. Und was die Heißgetränke betrifft, finden sich bestimmt ein paar Muttis, die gerne Tee kochen und ihn in die Schulen bringen! Die stehen eh einsatzbereit zuhause, spielen Krankenschwestern, Ausbilderinnen und Hygienebeauftragte zugleich und beeilen sich – wann immer die Situation es erfordert – die Lücken im kränkenden System zu schließen...

Auf Mama und Papa ist eben Verlass...

Hoffentlich bleiben die sund...

Gesundheit!

Andrea Woywode ist Sozialarbeiterin & Mitglied der Redaktion.



CORONAVIRUS

men. Doch die herrschende Politik führt zur absurden Situation, dass das ohnehin obszön große Vermögen der 119 deutschen Milliardär:innen in der Krise von 422 auf 502 Milliarden Euro gestiegen ist.

Seit Beginn der Pandemie hat sich Deutschland zu einer Art Exekutiven-Verordnungsdemokratie entwickelt. Abgeordnete in den Parlamenten diskutieren nicht mehr über die Corona-Maßnahmen in Gänze. Stattdessen werden die Maßnahmen in Video- und Telefonschaltungen zwischen dem Kanzleramt, dem Bundeskabinett sowie den Landesregierungen beschlossen. Abgeordnete erfahren dann aus der Presse oder aus Pressekonferenzen zum selben Zeitpunkt wie alle Bürger:innen von den Maßnahmenpaketen. Dabei hätten wir in der Coronakrise die demokratische Partizipation stärken

müssen. Denn die Debatte in der Öffentlichkeit, also im Parlament, hätte dazu geführt, dass sich die Regierenden öffentlich positionieren müssen, bevor sie ein Gesetz erlassen. Ja, auch im Parlament würden dieselben Mehrheiten entstehen, denn die Regierungen stellen ja hierzulande die Parlamentsmehrheit. Doch alleine die öffentliche Debatte führt zu einem veränderten Rechtfertigungsdruck und damit zu einem anderen Umgang. Das alles ist nicht geschehen, denn am Ende gilt für die Regierung nur eine Kennziffer:

das Wirtschaftswachstum, nicht die Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen.

Daniel Kerekes ist Fraktionsvorsitzender für DIE LINKE im Rat der Stadt Essen



Stadtentwicklung: Kein Plan, kein Konzept, keine Idee

In unserer Stadt gibt es viel zu tun. Wir müssen uns heute Gedanken darüber machen, wie die Stadt morgen und übermorgen aussehen soll. Wir müssen die Weichen so stellen, dass die Stadt „zukunftsfit“ wird. Das heißt, dass für alle Abteilungen in Politik und Verwaltung Konzepte zu entwickeln sind, die Antworten auf die großen Fragen der Zeit geben:

Wie schaffen wir es,

- unsere Stadt für den stattfindenden Klimawandel zu wappnen?
- die sich ändernden Flächenbedarfe und die daraus entstehenden Konkurrenzen zu organisieren?
- die dringend benötigten leistbaren Wohnungen bereit zu stellen?
- unsere Stadt auf dem Markt der Städte zu positionieren?
- gute und dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen?
- unsere Stadt für die Menschen, die hier leben, ganz grundsätzlich attraktiv, also lebenswert zu machen?
- dafür zu sorgen, dass unsere Stadt auch sozial zusammenwächst?
- unsere Stadt schön zu machen?
- unsere Stadt so zu gestalten, dass sie für all die unterschiedlichen Menschen Angebote bereithält?

Das sind nur ein paar schnell formulierte Fragen, dutzende andere sind leicht vorstellbar. All diese Fragen haben gemeinsam, dass sie sich nicht von allein beantworten, sondern dass sie auf den Austausch, auf die Beteiligung möglichst vieler Menschen angewiesen sind – und darauf, dass sie in Verwaltungshandeln überführt und von der Politik thematisiert werden.

Wenn das nicht geschieht, geschieht, was geschieht: In Ermangelung eigener Konzepte oder Ideen muss den Vorstellungen der Investoren gefolgt werden, die mit ihren Projektideen an die Stadt herantreten und dabei – das liegt in der Natur der Sache – ihre eigenen Interessen in den Mittelpunkt stellen.

In Essen gibt es

- kein Stadtentwicklungskonzept,
- kein Konzept für die verschiedenen Quartiere,
- kein Innenstadtkonzept (wenn man von den dürftigen Aussagen der Essen Marketing GmbH absieht),
- kein Konzept zum Umgang mit dem baukulturellen Erbe,
- kein Konzept zur Herstellung einer Stadtidentität,
- kein Hochhauskonzept,
- kein Verkehrskonzept, das diesen Namen im 21. Jahrhundert verdient,
- keinen Gestaltungsbeirat usw.

Was es in Essen durchaus gibt, ist die große Bereitschaft, Investoren dankbar zu sein, wenn diese ein Projekt realisieren wollen. Deshalb sieht Essen inzwischen aus wie es aussieht. Was Krieg, großindustrielles Zeitalter und etablierte Parteien nicht kaputt gekriegt haben, wird aktuell auf dem Altar des „Drucks des Marktes“ zerstört. Überall entstehen immer gleiche Gebäude, die schon architektonisch außerordentlich dürftig sind, städtebaulich sowieso und hinsichtlich ihres Beitrags zur Stadtentwicklung komplett unausgewiesen sind. Der tiefe Glaube an den Markt und das große Misstrauen gegenüber der Gestaltungsfähigkeit öffentlicher

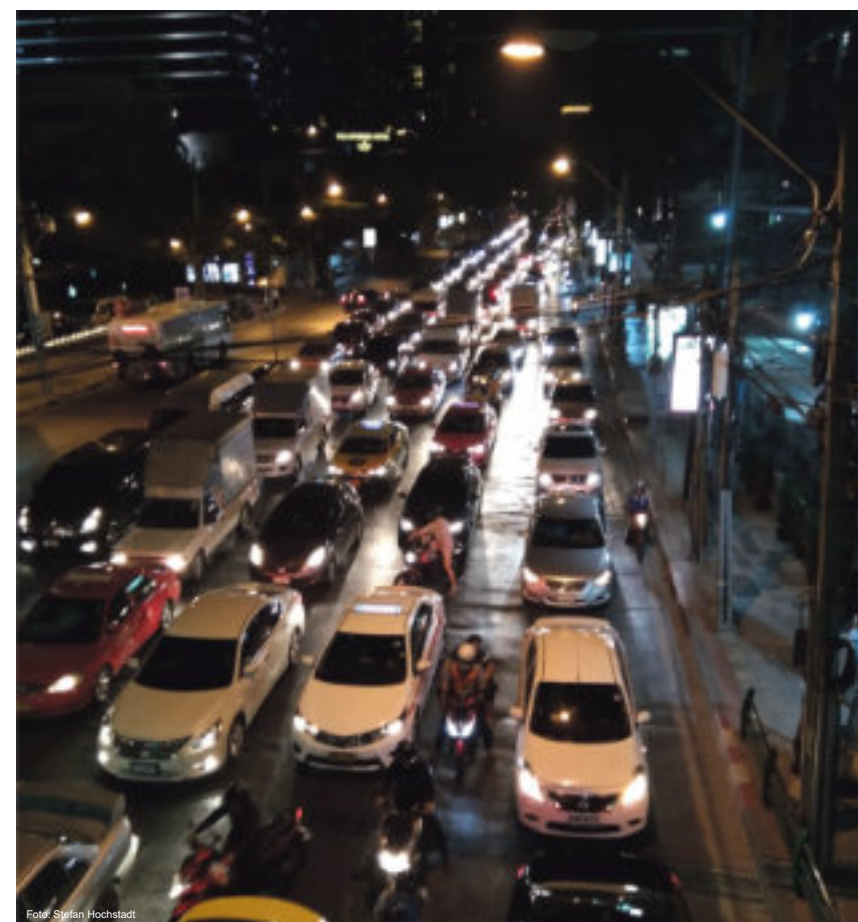


Foto: Stefan Hochstadt

Instanzen in den bürgerlichen Parteien mündet in das Kaputtsparen eben dieser öffentlichen Instanzen. Stadtplanung und -entwicklung sind so de facto nicht mehr möglich.

Das lässt sich ganz aktuell beispielhaft an verschiedenen Projekten darstellen: Die Bebauung an der Henri-Dunant-Straße erweist sich mit zunehmendem Baufortschritt als genau die städtebauliche Unerträglichkeit, die von den Kritiker:innen befürchtet wurde. Höchste Baumassen bei maximaler Versiegelung und standardisierter Architektur ohne erkennbare städtebauliche Figur. Der ehemalige Güterbahnhof Rütenscheid präsentiert sich als allmählich volllaufende Brachfläche. Als neusten Coup hat die Hopf-Gruppe die Idee ausgeheckt, die schmale Westseite zwischen Girardethaus im Norden und Wittekindstraße im Süden mit hoher Dichte zu überplanen. Die Stadt gefällt sich in der Rolle der Herstellerin von Baurecht. Ein Bebauungsplan, der tatsächlich ein vorhabenbezogener Bebauungsplan ist, soll dem Investor Rechtssicherheit geben. Der größere und großzügigere Bereich im Osten dieses Vorhabens bleibt nicht nur staubig, sondern vor allem auch Parkplatz für PKW und LKW der Messe, die kurzerhand diesen Parkplatz in allerbesten Lage als unverzichtbar für das

Unternehmen erklärt. Kein Hinweis darauf, dass die Messe Essen eine 100-Prozent-Tochter der Stadt ist und sich schon deshalb übergeordneten Zielen zu beugen hätte. Auch keine Erinnerung daran, dass diese Fläche vor gerade mal zwölf Jahren als Standort für den Gesundheitscampus vorgesehen war, auf den sich Essen damals, letztlich erfolglos, beworben hatte.

Was wir brauchen, ist eine Stadt, ist eine Verwaltung, die sich gemeinsam mit der Politik die Aufgabe auf die Fahnen schreibt, eine Zukunftsidee zu entwickeln, in die sich Einzelvorhaben einzuordnen haben. Dabei geht es nicht um die Behauptung einer illusionären Zukunft, sondern um die differenzierte Entwicklung von Zukunftsoptionen, die in enger Zusammenarbeit mit den Menschen in der Stadt zu erstellen sind. Niemand behauptet die Notwendigkeit einer monolithischen Planung – das wäre nichts weiter als der feuchte Traum eines Diktators. Worum es aber geht, ist die Anerkennung eines öffentlichen Interesses und die Bereitschaft, dieses Interesse auch durchzusetzen.

Stefan Hochstadt ist Soziologe & im Vorstand der Linken



Foto: Stefan Hochstadt

KlimaEntscheid Essen – Ein linkes Thema?

Gegen grünen Ökoliberalismus und für Klimagerechtigkeit



Foto: SD-Pictures/Pixabay

Lange hat sich die Behauptung gehalten, dass Klimaschutz ein ausschließlich grünes Thema sei. Doch ist das wirklich so?

Die simple Antwort lautet „Nein!“.

Klimaschutz ist nicht nur wichtig, sondern in einer kapitalistischen Gesellschaft ein Thema, das sich gut vermarkten lässt. So begegnet es uns allen häufig im Alltag und versucht, uns zu emotionalisieren. Von Plakaten strahlen uns Produkte entgegen, die vermitteln sollen, dass wir mit unseren Konsumentscheidungen das Klima retten könnten. In Wahrheit steckt dahinter jedoch eine werbewirksam gemachte kapitalistische Ideologie, die uns vermitteln soll, dass wir für „grünen Konsum“ ruhig mehr Geld ausgeben können und damit automatisch besser wären

als diejenigen, die sich diesen Konsum nicht leisten können. Dieser Ansatz ist nicht nur klassistisch, sondern lässt auch den wichtigsten Aspekt außen vor: Sinnvoller und zweckmäßiger Klimaschutz darf niemals die Frage nach sozialen Umständen vergessen. Deswegen sollte es uns ein Anliegen sein, nicht nur für Klimaschutz, sondern vor allem für Klimagerechtigkeit zu kämpfen. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass man nicht nur die Frage nach den Kosten für den Klimaschutz stellt, sondern auch in Betracht zieht, dass gerade die Menschen im globalen Süden, die am wenigsten zur Erderwärmung beitragen, den größten Schaden durch sie nehmen und als erstes vom Klimawandel betroffen sind. Das bedeutet aber auch, dass niemand Klimagerechtigkeit zu einer Aufgabe derer machen kann, die zuerst darunter leiden. Klima-

gerechtigkeit beginnt im Ursprung vor unserer eigenen Haustür, auch hier im globalen Norden.

Sie ist die linke Antwort auf einen Klimaschutz, der vom Kapital genutzt wird, um die Verantwortung für den Klimawandel auf den Konsum des Individuums zu schieben. Gerade deshalb ist das Thema Klimaschutz, beziehungsweise Klimagerechtigkeit ein dezidiert linkes Thema. Wir müssen dazu auffordern, dass diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die mit ihren Fabriken und Konzernen an der drastischen Veränderung unserer Welt schuld sind. Wir kämpfen für mehr Solidarität und weniger grünen Kapitalismus, der die Reichen von ihrer Verantwortung für den Erhalt des Planeten entbindet.

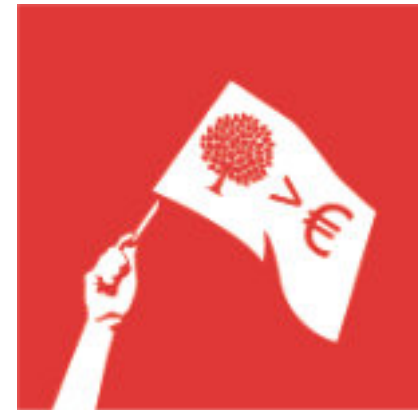
Genau deshalb ist es wichtig, Initiativen vor Ort zu unterstützen, die sich für eine bessere Welt für alle Menschen einsetzen und offen für einen Dialog mit denjenigen sind, die individuellen Konsum nicht als Lösung des Problems begreifen. So eine Initiative ist der KlimaEntscheid Essen, bei dem die unterschiedlichsten Menschen mitwirken, alle mit dem selben Ziel: Unsere Stadt und unsere Welt zu einem Ort zu machen, an dem auch zukünftige Generationen gut leben können. So fordert der Ent-

scheid eine klimaneutrale Stadt bis 2030, früher als bisher von der Stadt geplant, die erst bis 2050 klimaneutral werden will und damit dem Pariser Abkommen eine indirekte Absage erteilt. Außerdem riskiert die Stadt damit wesentlich, das 1,5-Grad-Ziel nicht zu erreichen. Um den Ratsbeschluss dahingehend aufzuhalten, hat der Klimaentscheid ein Bürger:innen-begehrten eingereicht, für das nun im ersten Schritt 15.000 Unterschriften gebraucht werden.

Die Linke. Essen unterstützt dieses Anliegen, damit nicht nur der Klimaschutz, sondern auch die damit untrennbar verbundene Klimagerechtigkeit die Aufmerksamkeit bekommt, die sie braucht.



Sophie Schönberger ist Lehramtsstudentin & Mitglied der Linken



Untrennbar: Feminismus und Ökologie

Wie die Klimakatastrophe die Benachteiligung von Frauen verschärft

Wer A sagt, muss auch B sagen. Wer Klimakatastrophe sagt, muss auch Systemkrise sagen. Korrekter ist: Wer Kapitalismus sagt, muss auch Raubbau sagen. Und zwar an Umwelt, Tier und Mensch. Folgerichtig gilt dann auch: Wer Reichtum sagt, muss auch Armut sagen.

Es gibt endlich Zahlen. Schwarz auf weiß. Laut einer aktuellen Oxfam-Studie sind die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung für 52 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen verantwortlich. Die ärmere Hälfte der

Bevölkerung hingegen nur für 7 Prozent. Dass sich gerade der ärmere globale Süden, der kaum für die Klimakatastrophe verantwortlich ist, unter den ersten Leidtragenden dieser Krise befindet, ist eine Tatsache, die belastend ist. Die Menschen dort leiden, neben vielem anderen, auch an erster Stelle unter Umweltkatastrophen. Unter deren Opfern befinden sich besonders viele Frauen.

Von den rund 1,4 Milliarden in Armut lebenden Menschen sind 70% weiblich (Heinrich Böll Stiftung). Und wenn Mäd-



DIE LINKE und die Klimakrise

Dystopie vs. Utopie

Der menschengemachte Klimawandel ist die größte Bedrohung für die Menschheit.

Allein diese Feststellung sollte für eine progressive politische Partei als Antwort darauf reichen, warum sie in den Fokus ihrer Arbeit gerückt gehört. Sie wird sowohl von Millionen Klimaaktivist:innen und führenden Wissenschaftler:innen geteilt, als auch von einem Großteil der Weltbevölkerung, wie eine weltweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center ergab. Selbst das Weltwirtschaftsforum hat es erkannt und Wähler:innen der LINKEN wählten die Partei bereits bei den vergangenen Kommunalwahlen in NRW verstärkt aufgrund ihrer ökologischen Ausrichtung.

Doch die Bedrohung durch den Klimawandel wird von Jahr zu Jahr größer und schwerer zu stoppen. Schon jetzt zeigen sich weltweit häufigere und stärkere Unwetterextreme, ein Rekordsommer jagt den nächsten, die Polkappen und Permafrostböden schmelzen, riesige Waldgebiete brennen, die Meere übersäuern, kein Land ist in Sicht. Dies wird sich weiter verstärken, je weiter wir das 1,5 Grad-

Ziel überschreiten. Die Folgen sind gerade für die ärmeren Länder dieser Welt, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen, brutal. Täglich müssen Millionen von Menschen ihre Heimat als direkte oder indirekte Folge des Klimawandels verlassen.

Einerseits aufgrund von vertrockneten Böden, Überschwemmungen, Hurrikans usw., andererseits weil die globalen Verteilungskämpfe große Teile der Welt in Kriege gestürzt haben. So steigt die Zahl der Klimaflüchtlinge von Jahr zu Jahr, doch die Europäische Union zeigt ihr schändliches Gesicht im Mittelmeer und an ihren Außengrenzen, anstatt sich ernsthaft mit dem Thema zu beschäftigen. Außerhalb der Grenzen herrscht Tod und Verzweiflung und innerhalb der Festung EU kommen rechtspopulistische und rechtsradikale Demagog:innen zu mehr und mehr Macht. Wenn Energie, Wasser und Nahrung zukünftig auch für die herrschenden Länder des Westens knapp werden, beginnen die Kämpfe auch zwischen diesen und die sich bereitstellenden Herren der Schöpfung werden wohl keine sanfte Diplomatie walten lassen...

Doch wie kann dieses Szenario noch verhindert werden? Die Antwort ist so einfach formuliert, wie schwer zu erreichen: Wenn wir die Klimakrise stoppen wollen, brauchen wir ein anderes Wirtschaftssystem als den Kapitalismus. Genau hier ist DIE LINKE gefragt. Denn sie ist die einzige relevante Partei in Deutschland, die antikapitalistisch argumentiert und somit die Interessen von Natur und Mensch in einen Konsens überführen kann. Denn im Kapitalismus kann kein effektiver Klimaschutz stattfinden – unendliche Akkumulation (Anhäufung) und endliche planetare Ressourcen schließen sich gegenseitig genauso aus, wie Sinn und Verstand im Angesicht der Macht der Marktlogik einbrechen mussten. Der Krise durch fortschreitende Technologisierung einer bereits ausgeartet technologisierten Welt Herr zu

werden, ist ein Märchen oder endet in Dystopie.

DIE LINKE muss sich daher klar ökologisch positionieren, denn letztlich ist die Klimakrise eine soziale Krise, die sich zu einer humanitären Krise ungekannten Ausmaßes entwickeln kann. DIE LINKE muss glaubhaft darstellen können, dass die Überwindung der Klimakrise nur durch die Überwindung des Kapitalismus möglich ist. Anstelle der Marktlogik folgt die Logik des Herzens: Und so kann eine solidarische, eine sozialistische Wirtschaftsweise den Weg in eine – wie auch immer sich darstellende – Utopie ebnen.

Marvin Jansen ist Lehramtsstudent & für das Layout der Zeitung zuständig



Foto: LINKE NRW

chen in einigen Ländern Subsahara-Afrikas und Südasiens aufgrund von sozialem und wirtschaftlichem Ungleichgewicht der Zugang zu Bildung versagt wird, können sie ihre Lage nicht verbessern. Die Armut wird dadurch immer wieder reproduziert.

Traditionelle Geschlechterrollen und deren Folgen drängen Frauen zur Landarbeit, in den Haushalt und in familiäre Bereiche, so dass sie bei nahenden Katastrophen oft zu spät gewarnt werden können. Weil Frauen zuerst Kinder und

ältere Menschen retten und oft nicht schwimmen können, gehören sie zu den ersten Opfern durch Ertrinken. Auch deshalb starben 2004 durch den Tsunami in Südostasien viermal so viele Frauen wie Männer.

In Notfalllagern, die nach Umweltkatastrophen errichtet werden, sind Frauen oft sexueller Gewalt ausgesetzt. Wegen anhaltender Dürren müssen Frauen oft weite Wege zu Wasserquellen zurücklegen. In manchen Ländern, wie Äthiopien, häufen sich laut einer IUCN-Studie, auf

diesen Wegen sexuelle Übergriffe auf Frauen und Mädchen. Umweltkatastrophen erzeugen in vielen Regionen des globalen Südens weitere wirtschaftliche Notstände – besonders für Frauen. Und daraus folgt: Wer Klimakatastrophe sagt, muss auch Geschlechterungerechtigkeit sagen.

Um diese Probleme konstruktiv zu lösen, müssten zuallererst die patriarchalen Strukturen in Umweltschutz, Naturwissenschaft und Politik aufgebrochen werden. In diesen Bereichen kommen die Belange von Frauen zu kurz, da sie immer noch männlich geprägt sind.

Deshalb spiegeln auch die Ergebnisse männliche Perspektiven wider. Aus umweltfeministischer Sicht kann man die Gleichstellung der Geschlechter, nur durch gerechte Lösungen herbeiführen und so auch die geschlechterspezifische und soziale Ungerechtigkeit als Folge der Klimakrise beseitigen.

Josephine Finn ist Mode- und Industriedesignerin & geht den Dingen auf den Grund



Verkehrswende: Ein Manifest

Auszug aus: Carl Waßmuth, Winfried Wolf 2020: Verkehrswende. Ein Manifest. Köln, PapyRossa-Verlag, S. 192-195, Zusammenfassung des Manifests. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags



Eine Mobilität mit dem Auto im Zentrum ist zerstörerisch und eine Sackgasse. Das gilt auch für die Orientierung auf Elektroautos. Diese bestehende Verkehrsorganisation einschließlich der „Elektromobilität“ trägt stark zu massenhaftem Tod, zu Umweltzerstörung, Abbau von Stadt- und Lebensqualität und zur Klimaerwärmung bei. Nur ein konsequenter Umbau dieser Verkehrsorganisation mit den „3-V-Zielsetzungen“ Verkehr VERMEIDEN, Verkehrswege VERKÜRZEN und verbleibende Verkehre VERLAGERN wird dem Schutz der Umwelt, dem Gebot der Nachhaltigkeit und dem Respekt vor der Menschenwürde gerecht. Die 20 Programmpunkte dieses Manifests sind geeignet, eine solche konsequente Verkehrswende umzusetzen.

Sie lauten zusammengefasst wie folgt:

1. Ein Tempolimit rettet Leben und bringt Entschleunigung. In Deutschland sollten 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf den übrigen Fernstraßen und 30 km/h in Wohngebieten als Maximalgeschwindigkeiten gelten.
2. Die Verkehrsmarktordnung muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Zufußgehen, Radfahren, Bahn und ÖPNV müssen begünstigt werden gegenüber Auto, Flugzeug und Hochsee- bzw. Kreuzfahrtschifffahrt.
3. Notwendig ist eine systematische Strukturpolitik der kurzen Wege. Schluss mit Entfernungspreispauschale und Zersie-

delung. Bestehende Dorfläden sind zu fördern und tausende neu zu gründen; Bahnhöfe sind zu erhalten und hunderte zu reaktivieren.

4. Der Fußgängerverkehr muss neu entdeckt und gefördert werden, auch als Beitrag zur gesteigerten Lebensqualität. Fußverkehr bringt wegen seines geringen Flächenbedarfs unter den individuellen Verkehrsarten die höchste Mengenleistung.

5. Fahrradverkehr vereinfachen. Vorbildstädten nachzueifern. Radwege, Radfahrstreifen und Schutzstreifen bauen, viele neue Fahrradstraßen ausweisen und die Innenstadt autofrei machen.

6. Den Öffentlichen Personennahverkehr stärken und ausbauen, in bisher schlecht versorgten Regionen um 30 bis 50 Prozent. Dutzende neue Straßenbahnsysteme sind zu entwickeln – jeglicher Neubau von U-Bahn-Strecken ist zu stoppen.

7. Der Nahverkehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist nachhaltige Mobilität und damit Gemeingut; er wird von der Allgemeinheit finanziert und steht den Bürgerinnen und Bürgern zum Nulltarif zur Verfügung.

8. Benötigt wird eine integrierte Eisenbahn in öffentlichem Eigentum, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Das Rad-Schiene-System bildet dabei eine Einheit. Notwendig ist ein Fernverkehrsgesetz für eine Flächenbahn, wie im Grundgesetz gefordert.

9. Wiederaufbau des Schienennetzes in seiner alten Quantität, Qualität und Flexibilität. Das heißt: Ein um gut ein Drittel größeres Schienennetz, mehr als doppelt so viele Weichen und Ausweichgleise wie derzeit und eine Grundsaniierung vieler Strecken.

10. Eine Eisenbahn als Flächenbahn heißt heute: ein bundesweiter integraler Taktfahrplan. Dabei dürfen unter dem Label „Deutschland-Takt“ nicht neue Höchstgeschwindigkeitsstrecken gebaut und die zerstörerischen Großprojekte fortgesetzt werden. Stopp von Stutt-

gart 21, in Hamburg-Altona keine Verlagerung nach Diebsteich, in Frankfurt/M. kein Tunnelbahnhof Frankfurt 21 light.

11. Das Schienennetz muss bis 2035 auf Basis erneuerbarer Energien zu 100 Prozent elektrisch betrieben werden. Beim derzeitigen Tempo dauert eine Elektrifizierung noch rund 175 Jahre. Baldmöglichste Fahrverbote für Dieselfahrzeuge auch im Schienenverkehr.

12. Bei der notwendigen Reform der Bahnpreise muss das allgemeingültige Ticket wieder im Zentrum stehen. Die Normalfahrpreise müssen deutlich sinken. BahnCard 50 und BahnCard 100 müssen so erschwänglich sein, dass sich ihre Zahl mehr als verzehnfacht.

13. Der Nachtzugverkehr wird neu aufgenommen und europaweit ausgebaut. Mit einem europaweiten Nachtzugnetz kann ein großer Teil des innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene verlagert werden.

14. Der enorm das Klima schädigende Flugverkehr wird durch Vermeiden, Verteuern und Verlagern auf die Schiene drastisch reduziert: Kerosin besteuern, Flugverkehrsabgabe, Stopp von Subventionen und Sozialdumping bei Airlines und Airports.

15. Auch bei der Mobilität im ländlichen Raum muss die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse verwirklicht werden. Das erfordert einen großzügigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Fläche bei gleichzeitiger finanzieller Entlastung der Kommunen.

16. Der Güterverkehr wird drastisch reduziert. Import und Export von Warengruppen ein- und derselben Art sind zu begrenzen. Verbleibende Verkehre sind auf Binnenschiff, Bahn, Cargo-Tram und Cargo-Bike zu verlagern.

17. Die bestehende Automobilität ist enorm unsozial. Eine Verkehrswendepolitik heißt auch, die Abhängigkeit vom Auto zu reduzieren und damit die sozialen Klüften erheblich zu verkleinern.

18. Die Arbeit der Beschäftigten im Verkehrsbereich muss wertgeschätzt, die Zahl der Arbeitsplätze dort wesentlich erhöht werden. Die krank machende Arbeitsverdichtung ist zu beseitigen, die Tarifbedingungen müssen spürbar verbessert werden.

19. Der Autoverkehr und die Zahl der Autos werden drastisch reduziert. Die dann noch verbleibenden Pkws sind kleiner und leichter, die durchschnittliche Geschwindigkeit, die PS-Stärke und die Jahresleistung sind geringer – womit sich die Emissionen auf einen Bruch-

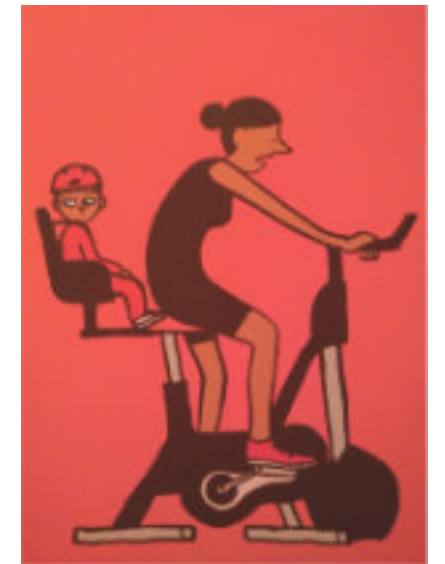
teil des aktuellen Niveaus reduzieren.

20. Die Fertigung in der Autoindustrie wird auf klimaschonende Produkte umgestellt („Konversion“). Dabei wird die gesamte Autoindustrie unter demokratische, öffentliche Kontrolle gestellt.

Die Umsetzung des Verkehrswendeprogramms kostet buchstäblich nichts. In diesem Manifest wird vorgerechnet, dass die bestehende Mobilität mit dem Auto im Zentrum wesentlich teurer kommt als eine Ver-

kehrswende. Dieses Programm schafft – auch in der bisherigen Autoindustrie – tatsächlich wesentlich mehr neue Arbeitsplätze als mit der Abkehr vom Auto entfallen. Für die Umsetzung der 20 Programmpunkte dieses Manifests kann eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung gewonnen werden.

Weitere Informationen zur Verkehrswende finden sich auf unserer Internetseite Essener-morgen.de



Corona killt Nah- und Fernverkehr

Dringender Handlungsbedarf zur Rettung der öffentlichen Verkehre

Während wir noch von der Notwendigkeit der Verkehrswende sprechen, also einer Abkehr von einer autofixierten Mobilität und der starken Umorientierung auf öffentlichen Nah- und Fernverkehr, führt Corona zu einer Entscheidung mit dem Gaspedal.

Die neusten Zahlen liegen vor und sie sind schockierend: Demnach sind im ersten Halbjahr 2020 nur noch halb so viele Menschen mit dem Zug unterwegs gewesen wie ein Jahr zuvor. In den Bussen des Fernverkehrs betrug der Rückgang sogar zwei Drittel. Betrachtet man nur das „Corona-Quartal“ (also April bis Juni) sind die Verluste noch viel dramatischer:

Der Zugfernverkehr verzeichnete in dieser Zeit einen Fahrgastverlust von gut 70%, der Busfernverkehr kam mit einem Minus von 96% faktisch zum Erliegen.

Im Nahverkehr, der den Löwenanteil an der Mobilitätsleistung trägt, sehen die Zahlen nicht besser aus: Zwar sind die nominalen Rückgänge mit einem Viertel etwas weniger dramatisch, aber in dieser Zahl gehen die vielen Zeitkartenbesitzer:innen verloren, die sehr wahrscheinlich ebenfalls seltener mit Bussen und Bahnen unterwegs waren. Auch im Nahverkehr sind die registrierten Rückgänge im zweiten Quartal 2020

„Wir müssen die Wende schaffen, sonst schafft die Wende uns.“

„naturgemäß“ noch höher: Der Eisenbahn-Nahverkehr verlor sechs von zehn Kund:innen, Busse und Straßenbahnen knapp bzw. gut vier von zehn. Selbstverständlich müssen auch hier die Zeitkarteninhaber:innen gesondert gerechnet werden.

Die Zahlen haben sich bis heute nicht signifikant verbessert. Noch immer scheuen die Menschen die öffentlichen Verkehrsmittel auf kurzen wie auf langen Strecken. In einem System, das auf die Einnahmen aus den Ticketverkäufen angewiesen ist und ansonsten aus ohnehin zunehmend klammen öffentlichen Kassen ko-finanziert wird, ist ein derartig massiver Einbruch dauerhaft nicht auszuhalten. Es steht zu befürchten,

dass (Teil-) Erfolge auf dem Weg zu einer Verkehrswende so kassiert werden. Denn zu diesen dramatischen Zahlen passt auch, dass die Zahl der zugelassenen PKW einen neuen Höchststand erreicht hat. Menschen entscheiden sich also unter Pandemiebedingungen gegen öffentliche und für individuelle Verkehre, zu denen leider nicht nur das Fahrrad zählt, sondern eben auch das Auto. Dieser Befund verweist auf die dringende Notwendigkeit, die Verkehrs- und Mobilitätspolitik auf allen Ebenen (von den Kommunen bis zum Bund) komplett neu aufzustellen.

Wir müssen die Wende schaffen – auch und gerade unter Pandemiebedingungen. Sonst schafft die Wende uns.

Der subventionsbegünstigte Boom der großen elektrisch betriebenen PKW kann dabei keineswegs als Mittel zum Zweck der Überwindung der mit dem Verkehr einhergehenden (bzw. von ihm verursachten) Probleme begriffen werden. Elektrisch betriebene PKW sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

An einer grundlegenden Neuaufstellung der öffentlichen Verkehr führt also kein Weg vorbei. Öffentliche Verkehre sind das Rückgrad der sozial, ökonomisch und ökologisch gedachten Verkehrswende.

Stefan Hochstadt ist Soziologe & im Vorstand der Linken



Foto: Free-Photos/Pixabay

This Is A Man's World

Die geheimnisvolle andere Hälfte der Bevölkerung: Frauen

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ So steht es im Artikel 3 des Grundgesetzes. Ein Blick in den Alltag macht aber schnell klar, dass dieser Anspruch unerfüllt bleibt.

Seien es die Tasten eines Klaviers, die für die Größe von Männerhänden entworfen wurden (nervig), die Art, wie öffentliche Toiletten aufgeteilt werden (Männer bekommen oft mehr Pinkelmöglichkeiten, obwohl die meisten Frauen aufgrund einer kleineren Blase oder ihrer Periode häufiger zur Toilette müs-

sen. Frustrierend!), eine schlechtere Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit von bis zu 7% (ungerecht) oder auch Fehldiagnosen und -behandlungen im medizinischen Bereich, weil an Männern mehr Forschung betrieben wird, entsprechend Krankheiten an ihnen stärker erforscht sind und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Regel keine große Berücksichtigung finden (gefährlich). Tatsächlich werden sogar bei den Versuchstieren die männlichen Exemplare bevorzugt, denn die haben keinen ganz so nervigen Hormonzyklus. Auch bei der Sicherheit von Autos greift man im Crash-Test auf Dummies zurück, deren Körperbau dem eines Mannes entspricht. In der

Folge erleiden Frauen im Verhältnis zu Männern immer noch häufiger Verletzungen bei Verkehrsunfällen, obwohl sie seltener in Unfälle verwickelt sind.

Die Liste ist lang. Und es muss sich etwas ändern an dieser auf Männer zugeschnittenen Welt. Frauen machen immerhin knapp die Hälfte der Bevölkerung aus. Aber auch dort, wo wir die Welt gestalten, wie etwa in unseren politischen Institutionen, sind wir in der Minderheit. Im Essener Stadtrat hat sich die Lage sogar noch verschlechtert. Insbesondere diejenigen Parteien, die eine Frauenquote ablehnen, schaffen es nicht, die Hälfte der Bevölkerung in ihren Reihen zu repräsentieren. Die CDU vergibt nur sieben ihrer dreißig Ratssitze an Frauen (23%), die AfD einen von sechs (16,7%), die FDP keinen einzigen von dreien.

Nun kann man weder CDU und noch weniger der AfD ein besonders feministisches Programm unterstellen. Die Attraktivität dieser Parteien besteht nur für Frauen, die an einer Fortsetzung von frauenfeindlichen Strukturen interessiert sind.

Eines der beliebtesten Argumente gegen Quotierungen ist, dass man einfach nicht genügend Frauen findet, die Interesse an Mandaten und Ämtern für eine Partei haben, gerne in Verbindung mit der Mutmaßung „vielleicht ist das auch einfach nicht so sehr der weibliche Interessenbereich“ gefolgt von der Unterstellung „keine Frau möchte einfach nur Quotenfrau sein, wenn es doch so viele fähige Männer gibt“.

Das aber sind Scheinargumente. Abgesehen von den unhaltbaren Klischees, was angeblich

Einzelfälle bei der Polizei

Wie die Polizei systematisch ihr Vertrauen verspielt



In den letzten Wochen wurde bekannt, dass es in der Essener Polizei 30 Beamte gibt, die in Chatgruppen neonazistisches und rassistisches Gedankengut verbreiteten. Für die CDU schien dies ein Schock zu sein. Andere dagegen, die nicht mit einer rosaroten Brille auf die Polizei blicken, wissen schon lange, dass die Polizei ein Nazi-Problem hat.

Zudem war der Fund kein Ermittlungserfolg. Die Chatverläufe wurden entdeckt, als das Handy eines Beamten durchsucht wurde. Dieser stand zuvor im Verdacht, Informationen über so genannte Clanrazzias an die Presse weitergegeben zu haben. Nachdem man dachte, es wäre

schon alles passiert, was hätte passieren können, folgten weitere Skandale. So fuhr am 31. Oktober ein betrunkenen Fahrer einen Wagen gegen einen Baum. Soweit nichts Ungewöhnliches. Pikant daran ist, dass im Auto Waffen, Munition und NS-Devotionalien gefunden wurden. Auch das wäre in Essen leider nichts Besonderes, wenn nicht einer der drei Menschen im Auto ein Bundespolizist gewesen wäre.

Mittlerweile haben die Verdachtsfälle sich gehäuft. Es gibt nicht nur knapp 30, sondern weit über 100 Fälle, in denen wegen rechten Verstrickungen in der Polizei in NRW ermittelt wird. Die meisten davon nach

wie vor in Essen. Parallel dazu häuften sich die Fälle, in denen Prominente bedroht wurden.

..... “ Es gibt nicht nur knapp 30, sondern weit über 100 Fälle, in denen wegen rechten Verstrickungen in der Polizei in NRW ermittelt wird. Ihr Kontakt wurden, so stellte sich heraus, von Polizeicomputern abgerufen. Allen Bedrohten war gemein, dass sie sich gegen rechts engagiert haben. Die Drohbriefe wurden mit NSU 2.0 unterschrieben.

Aber es werden nicht endlich die rechten Tendenzen in der Polizei untersucht, stattdessen wird man vom Bundesinnenminister ständig vertröstet. Eine bereits angekündigte Untersuchung zur rassistischen Polizeigewalt wurde von ihm kurzerhand wieder abgesagt. Nun will er den Rassismus in der gesamten Gesellschaft untersuchen lassen. Eine Studie, die isoliert die Polizei betrachtet, lehnt er weiterhin ab. Warum wohl?

Ende September wurde ein rassistischer „Aktionsplan Clan“ öffentlich, der uns vorliegt. Er behandelt den Umgang mit sogenannten Clans und wie sie zu behandeln wären. So sollen nicht nur die gängigen Möglichkeiten der Polizei genutzt werden, sondern alle staatlichen Stellen eingebunden werden. Der Vollständigkeit halber zählen

wir alle genannten hier auch auf, damit man sich ein Bild davon machen kann, wie weit die Eingriffe reichen: Eingebunden werden sollen außer der Polizei noch Finanzamt, Zoll, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Familienkasse, Gewerbeaufsicht, Handwerkskammer, Katasteramt, Feuerwehr, Staatsanwaltschaft, Jugendamt, Schulamt und Gerichte.

mer, Katasteramt, Feuerwehr, Staatsanwaltschaft, Jugendamt, Schulamt und Gerichte.

Es soll in jeden Lebensbereich der Menschen vorgedrungen und sie sollen in allen möglichen Bereichen diskriminiert werden. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob sie vorbestraft sind. Es geht hier um nichts Geringeres als um eine rassistische Sippenhaft!

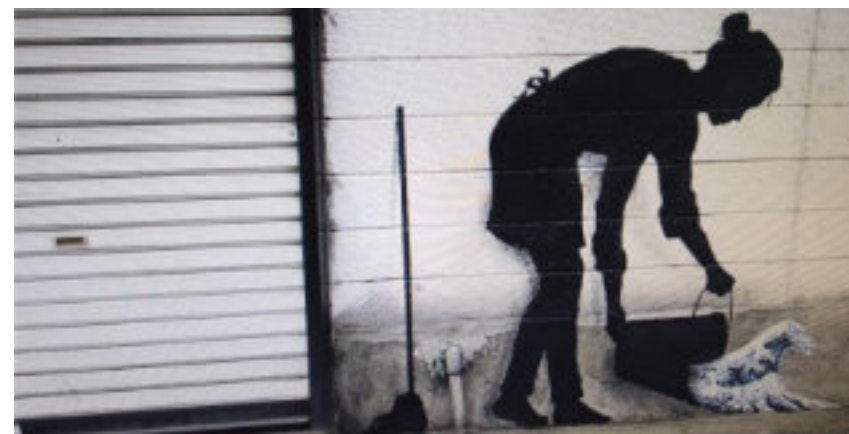
Der Aktionsplan ist so extrem, dass fast jeder Absatz als Beispiel für Rassismus bei der Polizei herangezogen werden kann. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass es das rassistischste staatliche Dokument ist, das in der Bundesrepublik bislang öffentlich geworden ist.

René Schneider beschäftigt sich mit der Polizei und Nazis.



„Frauenthemen“ sind und was nicht: Wie soll eine Frau denn Selbstvertrauen in ihr Können oder auch ihre eigene Wahrnehmung gewinnen, wenn nicht mal Klaviertasten zu ihren Händen passen, wenn sie Hohn erfährt, weil „Frauen immer so lange auf dem Klo brauchen“ und beim Besuch in einer

Praxis ihre Erkrankung nicht erkannt wird, weil Ärzt:innen nur die Symptome von Männern kennen? Es sollte auf der Hand liegen, dass sich Frauen in einer Welt, in der sie strukturell immer wieder Nachteile erfahren, in der sie sich strukturell mehr anstrengen müssen, nicht unbedingt motiviert sind



Vorsicht: Satire.

Nordstadt ist Mordstadt

Das ist natürlich Unsinn. Das ist Übertreibung. Das sind fake news. Aber der Norden der Essener Innenstadt gilt bei der Polizei tatsächlich als "gefährlicher Ort". Sagt die WAZ. Und er belegt sogar einen hohen Listenplatz für "gefährliche Orte in ganz NRW". Sagt die WAZ.

Die Nordstadt ein gefährlicher Ort? Für die Polizei vielleicht! Und für Journalisten. Aber für normale Leute? Passanten zum Beispiel? Eigentlich nicht. Wollen wir einen Spaziergang wagen? Ja? Dann kommt mit und schaut genau hin, ohne zu gaffen. Ich garantiere für eure Sicherheit!

Wir sehen eine etwas heruntergekommene Gegend. Es gibt Kramläden, Teestuben, Fast-Food-Buden. Wenig glamourös, aber nicht gefährlich, möchte man meinen. Kulturprojekte mit dem entsprechenden Personal gibt es auch. Wie bitte? Ja, etwas verspönnen sind die vielleicht, aber auch sie: nicht gefährlich. Wer oder was könnte hier also gefährlich sein? Die communities aus aller Welt etwa, die hier ihre Geschäfte und Treffpunkte haben? Aus aller Welt! Als wenn ich von Fremden spräche... Da. Schon winkt man uns in das nächste Lebensmittelgeschäft herein. Herr Khorasani hat uns gesehen. Wir kennen

uns aus dem Sprachkurs. Zusammen haben wir leicht behämmerte Dialoge aus dem Deutschbuch gelernt. Er für die Prüfung, ich für das Geld. Er reicht uns getrocknete Datteln: Wie geht es Ihnen? Familie gut? Arbeit gut? Ich sage: Schönes Wetter heute! Ja, sagt Herr Khorasani, schönes Wetter. Er lacht und blickt nach Oben: Danke, Mama Merkel!

Die anderen Leute hier sind wie Herr Khorasani. Sie wollen das, was sie eh tun müssen - arbeiten nämlich und sich ansonsten um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern. Nur selten kommen sie sich dabei gegenseitig in die Quere. Nicht häufiger als sonstwo.

Ok, genau hier zwischen dem Herrenfrisör und der Teestube ist vor ein paar Jahren mal ein Fernsichteam verjagt worden. Aber ihr kennt diese Hänger: arbeiten zwei Stunden in der Woche freiberuflich für einen drittklassigen Sender und kommen sich dabei vor wie Pulitzer. Denen musste man erst einmal erklären, dass man höflich fragt, bevor man jemanden bei seinen alltäglichen Verrichtungen filmt. Nichts weiter passiert dabei. Aber einen Schrecken haben sie schon bekommen, die Journalisten.

zusätzlich noch häufig ehrenamtliche politische Arbeit zu leisten. Auch sind Parteien wieder Orte, die vor allem durch Männer gestaltet werden. Also eben jene Wesen, die es in der Vergangenheit offenbar nicht so gut hinbekommen haben, Dinge für alle Menschen zu schaffen.

Es braucht Strukturen, die diese Nachteile auffangen können. Quotierungen, also möglichst immer die Hälfte aller Ämter, Mandate, aber auch Redebeiträge mit Frauen zu besetzen, sind ein Werkzeug dazu. Es ist kein Wundermittel, mit dem Sexismus aus den Parteien und Parlamenten ausgeräumt wird. Das ist auch kein Anspruch, den Feminist:innen an eine Frauenquote stellen. Dass es aber trotzdem hilft, zeigt sich an der Parteiarbeit im Kreisverband von DIE

LINKE in Essen und auch an ihrer Ratsfraktion: viele Frauen nehmen aktiv an Diskussionen und Projekten teil, die neue Ratsfraktion hat eine Frauenquote von 67% (zwei von drei Mandaten). Es lohnt sich, den Prozess zu beginnen und Quotierungen können genau dieser Anfang sein. Es ist ein Schritt, um die Welt für Frauen strukturell gerechter zu machen und überhaupt erst die erst die Möglichkeit zu schaffen, sich Wissen und neue Fähigkeiten anzueignen. Frauen sind weder dümmer noch weniger interessiert als Männer, sie werden aber in vielen Bereichen unserer Gesellschaft schlicht benachteiligt.

Theresa Brücker studiert Soziologie und ist Fraktionsvize für DIE LINKE im Rat der Stadt Essen



Dann haben sie auch noch über den Zwischenfall berichtet. Ja, wer so arbeitet, dem gehen die Stories über die Nordstadt niemals aus...

Ah, seht ihr die jungen Herren dort hinten? Hier keinen Augenkontakt! Es sei denn, ihr seid bereit, ein Geschäft abzuschließen. Hat jemand einen Fünfzig-Euro-Schein? Nein? Dann ein anderes Mal. Aber ich sage euch: Hier werdet ihr nicht übers Ohr gehauen. Wie bitte? Organisierte Kriminalität? Zuviel der Ehre! Informelle Wirtschaft, würde ich sagen. Informell, aber gewirtschaftet wird. Faul sind die Jungs nicht. Und fürchten muss man sie übrigens auch nicht. Also ganz bestimmt nicht als Kunde.

Jetzt stehen wir vor einem Lampengeschäft, das seit zwanzig Jahren niemand mehr betreten hat. Und das sich trotzdem hier hält - keiner weiß wie! Na, soll uns auch egal sein. Wir spielen nicht Polizei. Aber sagte der Innenminister nicht, dass für alle dasselbe gelten müsse? Stellt euch einmal vor, in so einem alteingesessenen Unternehmen würde eine Razzia durchgeführt - wie vor ein paar Monaten in den Kulturvereinen nebenan: Schlaglicht in der Nacht, die Verkaufsflä-

che voller Polizisten und die Zeitung fotografiert unseren Bürgermeister, wie er irgendwo zwischen den Lampen herumwuselt. Dann findet er in irgendeiner dunklen Ecke eine Glühbirne, die der TÜV nicht genehmigt hat, und alles zieht wieder ab. Am nächsten Morgen würde uns das Ganze beim Zeitunglesen als Schlag gegen mafiöse Strukturen verkauft werden. Und alle Lampenverkäufer der Stadt stünden von nun an unter Verdacht, von krummen Geschäften zu leben. Das ist Quatsch, klar. Aber so ungefähr kommen sie in die Welt: Die Meldungen, die der besorgte Bürger braucht wie die Luft zum Atmen.

Wie kam ich jetzt darauf? Ach ja, fake news über die Nordstadt. Gar nicht so abwegig! Aber ich sollte die Kollegen von der Presse in Schutz nehmen. Der Spaziergang durch die Nordstadt hat mich versöhnlich gestimmt. Fake news verbreiten die Journalisten bei all dem Unsinn, den sie verzapfen, ja nun wirklich nicht. Denn: wer die Wahrheit verfälschen will, der müsste sie erst einmal kennen. Oder etwa nicht? Und wie ihr seht, von der Wahrheit über die gefährliche Nordstadt zum Beispiel ist man da noch weit entfernt...

Geschrieben von **Filip Schlupp**

Das Problem mit der Blutspende

Warum der Spender-Mangel zu Teilen ein hausgemachtes Problem ist



Schon seit Jahren ist die Blutspende in den deutschen Medien ein viel diskutiertes Thema. Die Konserven sind knapp, die Spender zu wenige und gespendetes Blut kann nur für etwa 42 Tage gelagert werden. Doch es wird dringend benötigt.

Krebserkrankungen machen beispielsweise ganze 19% der verwendeten Spenden aus, dicht gefolgt von Magen- und Darmkrankheiten und Herzerkrankungen zu jeweils etwa 16%. Für die Behandlung von Unfallpatienten werden tatsächlich nur etwa 12% des Blutes eingesetzt.

Zu Corona-Zeiten sanken die Spenderzahlen noch tiefer als zuvor. Das Deutsche Rote Kreuz

gibt an, dass der aktuelle Blutvorrat nur noch für etwa anderthalb Tage reiche, was eine hohe Differenz zum Normalwert von circa vier Tagen darstellt und dazu führt, dass vielen Krankenhäusern nur 40% der eigentlich bestellten Blutmenge ausgeliefert werden können.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bieten viele private Spendendienste monetäre Vergütungen als Aufwandsentschädigung an. Der Haken: Viele Menschen, die spenden möchten, dürfen nicht. Noch bis 2017 durften schwule und bisexuelle Männer überhaupt kein Blut spenden und auch jetzt wird ein volles Jahr der sexuellen Enthaltsamkeit vorausgesetzt, um das Risiko der

HIV-Übertragung zu verringern. Doch längst haben sich die Methoden zur HIV-Ermittlung verbessert. Bereits nach drei Monaten kann eine Infektion mit dem HI-Virus durch Labortests vollständig ausgeschlossen werden. Das Risiko auf eine Infektion mit HIV besteht, genau wie bei heterosexuellen Personen, im Falle des häufigen Partnerwechsels. Warum also werden queere Männer als eigene Gruppe hervorgehoben, wenn sexuell „überdurchschnittlich“ Aktive mit mehr als drei Partnern innerhalb eines Jahres ohnehin für 12 Monate nach ihrem letzten sexuellen Kontakt von der Spende ausgeschlossen sind?

Das gezielte Hervorheben dieser Gruppe trägt lediglich zu ihrer weiteren Stigmatisierung bei und ignoriert die Existenz monogamer Schwuler vollständig. Insbesondere private Spendendienste neigen dazu, die offiziellen Richtlinien zu ignorieren und teils fragwürdige Hausregeln aufzustellen. Um diese zu begründen, beziehen sie sich auf einen Brief der Bundesärztekammer aus dem Jahre 2012, welcher keine Richtlinien, sondern „Empfehlungen“ beinhaltet, die auf veralteten Annahmen basieren.

So werden Transfrauen dort als „Männer, die mit Männern schlafen“ bezeichnet. Transmänner kommen überhaupt nicht vor, ganz so, als ob es sie nicht

gäbe. Ein direktes Zitat besagt: „Da sich viele Transsexuelle, die eine vollständige Geschlechtsumwandlung anstreben, beruflich ausgegrenzt und gesellschaftlich diskriminiert fühlen, arbeiten viele als Prostituierte, um auf diese Weise nicht nur den Lebensunterhalt zu verdienen, sondern auch die Operationskosten zu erwirtschaften.“

Das ist faktisch falsch, abwertend und mehr als anmaßend. Zeitgleich führen diese Fehlinformationen oft zum kompletten Ausschluss von Transmenschen, obwohl ihre Identität nichts über ihr Sexualleben aussagt. Sich ernsthaft auf ein solches Dokument zu beziehen, hat keinerlei Rechtfertigung.

Die Forderungen der Petitionen zur Änderung der Richtlinien mit teils mehreren zehntausend Unterschriften verlaufen im Sand und finden keine relevante Beachtung. So fasste Lucas Hawrylak, der mit seiner Petition über das Verbot von Konversionstherapien bereits einen Erfolg vermerken konnte, passend zusammen: „Männer, die Männer lieben, dürfen in Deutschland heiraten, Kinder adoptieren und Organe spenden – aber Blut spenden, das dürfen sie nicht.“

Dorian Pizarro ist
Pixelschieber &
Illustrator.



Gesunde Krankenhäuser in NRW?
Unterschreib die Volksinitiative!



Anfängen! Wir leben in den schönsten und wichtigsten Stadtteilen an der Ruhr, denn ohne unser Wasser würden alle anderen Stadtteile „verdursten“, wenn wir den Hahn zudrehen würden.

Mit über 12.000 Sportlern in 60 Vereinen, über 1.200 Kleingärtnern in 20 Vereinen, hervorragenden Kultureinrichtungen, Schulen und Kindergärten sowie sozialen Hilfsangeboten verfügen wir über eine Lebensqualität, die wir schützen und ausbauen wollen, und um die andere uns beneiden.

Zum Schluss erinnere ich an das 250-jährige Jubiläum der Fürstin-Franziska-Christine-Stiftung in Steele. Denn in jener Zeit hat die Stifterin das Leitbild ihrer Sozialarbeit für uns als Vorbild verwirklicht: >Omnibus prodesse obesse nemini<

Aber wir müssen uns auch den Problemen widmen, wie wachsender Armut, ausuferndem Autoverkehr zu Lasten von bezahlbaren und benutzbaren

Bussen und Bahnen, einer klimaschädlichen Lebensform und vernachlässigter Infrastruktur.

Jürgen Zierus ist geborener Steeler, ambitionierter Radfahrer und Bezirksvertreter für DIE LINKE im Bezirk 7: Steele/Kray/Freisenbruch/Horst/Leithe

Einführungsrede des Bezirksvertreters Jürgen Zierus im Bezirk 7



>Omnibus prodesse obesse nemini< So steht es auf dem Eingangstor einer Essener Schule. Diese Botschaft sollte auch unser Denken und Handeln bestimmen. Sie ist das Leitbild für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Gemeinsamkeit, Ausgleich und Respekt. Sie bedeutet nämlich: Nütze allen und schade niemandem!

Ich habe jedoch berechtigte Sorgen, dass die Gemeinschaft der Bürger in unseren Stadtteilen durch fragwürdige Aufmärsche verunsichert und gestört wird. Unsere wunderschönen Stadtteile dürfen wir nicht zerreden und zerteilen lassen. Wir wollen friedlich, fröhlich, gemeinsam und bunt unser Leben hier

verbringen. Wir verteidigen Menschenwürde, Demokratie und unsere grundgesetzliche Rechtsordnung!

Jenen Irrläufern in Steele muss im Fach Geschichte staatsbürgerlicher Nachhilfeunterricht erteilt werden, mit dem Hinweis auf die Art. 18 und 20 des Grundgesetzes, welche die Verteidigungsbereitschaft und Wehrhaftigkeit der Verfassung und seiner Bürger formulieren. Das ist so wichtig, weil vor 82 Jahren der Hitlerfaschismus der Menschheit den Krieg erklärt und 60 Millionen Menschen den Tod gebracht hat. Bleiben wir wachsam! Wehret den

Grüne Inseln in einer schwarzen Welt

Alles grün oder was?



Die Kommunalwahlen sind Geschichte. In Essen wie in vielen anderen Städten dürfen sich die Grünen als Gewinner feiern. Zeit und Gelegenheit also, die in der Opposition lautstark erhobenen Forderungen umzusetzen. In Essen hat sich die eigentliche Gewinnerin, die CDU mit ihrem OB Kufen, nämlich für den kleineren möglichen Partner entschieden. Nicht die SPD darf wie zuletzt als Juniorpartner der CDU Regierung spielen. Nein, die Grünen dürfen nach einigen Jahren der Abstinenz wieder am Tisch der Großen Platz nehmen.

Schon früher führte die Regierungsbeteiligung der Grünen – egal auf welcher Ebene – nicht notwendig zu einer „grüneren“ und schon gar nicht zu einer „besseren“ Politik.

Ein paar Beispiele? Bitte schön: In der Regierungszeit von Schröder und Fischer wurden die unsäglichen Hartz-Gesetze auf den Weg gebracht, die noch heute zu sozialer Ausgrenzung (und damit mittelbar zur

AFD) führen. In dieser Regierungszeit wurde auch das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ verabschiedet, das zwar den Umbau hin zu regenerativen Energien beschleunigt hat, das zugleich aber eine massive soziale Schiefelage hat, weil die Kosten im Wesentlichen von den „normalen Menschen“ und nicht von den energieintensiven Industrien getragen werden.

Die verschiedenen rot-grünen Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen haben den

Tagebau Garzweiler nicht beendet. Zwar sind die Grünen wortreich für das Ende der Braunkohle eingetreten, in Regierungshandeln hat sich das aber nicht übersetzt. In NRW, aktuell in Hessen und anderswo werden unter grüner Regierungsbeteiligung Autobahnen aus- und sogar neu gebaut. Dafür werden Wälder gerodet, in denen Bäume stehen, die gestern noch von grünen Parteigänger:innen tränenreich umarmt worden sind.

In Baden-Württemberg sind die Grünen nicht Juniorpartner, sondern stellen sogar den Ministerpräsidenten, dem in der aktuellen Krise mal wieder nichts Besseres einfällt als mal wieder eine Kaufprämie für Autos zu fordern. Na, danke aber auch. Okay, die Grünen fördern lieber Autos mit einem Elektro- statt eines Verbrennermotors. Aber wir wissen natürlich alle, dass der Preis für ein

elektrisch angetriebenes Auto trotzdem für die allermeisten Menschen unerschwinglich bleibt. Wären die Grünen die FDP, sie würden es Klientelpolitik nennen – und sie hätten recht damit.

Ja, die Grünen treten für die Verkehrswende ein. Sie tun dies seit inzwischen über zwanzig Jahren. Und sie werden es wohl auch die nächsten zwanzig Jahre tun. Wir haben es nicht gemerkt und wir werden es nicht merken. Denn in dieser Zeit ist der öffentliche Verkehr nicht aus-, sondern abgebaut worden. In dieser Zeit haben sich die Kosten für Busse und Bahnen drastisch erhöht – zu

Lasten all jener, die darauf angewiesen sind (also eher nicht die, die sich jetzt grün subventionierte Elektro-SUVs gönnen).

Okay, so viel Gerechtigkeit muss sein. Die Grünen haben schon – auch in Essen – eine gewisse Rolle gespielt beim Ausbau der Radwegeinfrastruktur. Es gibt heute in Essen einige schöne Radwege und die Grünen haben auf Landesebene zwischen 2010 und 2017 schon auch dafür gesorgt, dass wir in Ansätzen ein sinnvolles Rad-schnellwegenetz bekommen. Das Chaos, das wegen der nicht zu Ende gebrachten Umwidmungen von Straßenflächen in Essen herrscht, haben die Grünen als Oppositionspartei tatsächlich nicht zu verantworten.

Was tragen die Grünen sonst noch so bei zu einer sozial gerechten Stadtentwicklung? Mit der Krankenhausschließung im Essener Norden hatten sie kurz vor der Wahl keine großen Probleme. Aber geschenkt, im Essener Norden war eh nicht viel zu holen. Wie sieht es aus mit leistbarem Wohnraum, also mit Wohnungen, die auch für Menschen mit geringerem Einkommen gut finanzierbar sind? Da steckt der Teufel im Detail, äh, nein, in der Nachbarschaft.

Ach ja, es gibt schon viel, wo wir uns nicht so viel von den Grünen erwarten. Und für den Rest gibt es ja die CDU. Na, danke auch.

Geschrieben von Daniel Kerekes und René Schneider



Ein Kommentar

Der Sommer ist Geschichte und Corona im Geschichtsunterricht. Nicht weil wir endlich einen Impfstoff hätten oder die Schutzmaßnahmen so gut funktionieren würden. Nein, Corona ist härter zurückgekommen, als wir es mit den steigenden Temperaturen verabschiedet haben und sitzt nun wieder mit im Klassenzimmer unserer Kinder.

Zum Glück hatten die Verantwortlichen genügend Zeit, sich vorzubereiten, damit der Schulunterricht relativ sorgenfrei stattfinden kann. „Fenster auf und Jacken zu“ heißt die Parole, die uns als Hygienekonzept verkauft wird. Doch gab es da nicht schon bessere Ideen, als Corona uns sogar unerwartet traf? Hätte man diese Konzepte nicht im Sommer ausarbeiten und vereinheitlichen können? Leute ausbilden und einstellen sowie Luftfilter und CO2-Messgeräte anschaffen können? Hätte man nicht einfach mal Geld in die Hand nehmen können, für ein Thema, das von allen Farben des politischen Spektrums als eines der wichtigsten überhaupt betitelt wird?

Hätte, hätte Fahrradkette. Im Sommer wurde gefeiert, immerhin war Corona im Rückzug und die Bars hatten auf. Außerdem weiß doch jedes Kind, dass in den Schulferien nicht gearbeitet wird. Also zumindest nicht seitens der Politik. Da wird sich lang gemacht und im Herbst dann ein geiles Konzept mit dem Selbstbewusstsein eines Michael Wendler vorgelegt.

„Egal“, sagte ja schon dieser.

Marvin Jansen ist als angehender Lehrer jetzt schon von der Bildungspolitik genervt



Essen klimaneutral bis 2030? Kein Problem.

Scanne den QR-Code ein und unterstütze den KlimaEntscheid



Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels

(* 28. November 1820 in Barmen (heute Stadtteil von Wuppertal) in der preußischen Provinz Jülich-Kleve-Berg; † 5. August 1895 in London)

Mit der Sklaverei, die unter der Zivilisation ihre vollste Entfaltung erhielt, trat die erste große Spaltung der Gesellschaft ein in eine ausbeutende und eine ausgebeutete Klasse. Diese Spaltung dauerte fort während der ganzen zivilisierten Periode. Die Sklaverei ist die erste, der antiken Welt eigentümliche Form der Ausbeutung: ihr folgt die Leibeigenschaft im Mittelalter, die Lohnarbeit in der neueren Zeit. Es sind dies die drei großen Formen der Knechtschaft, wie sie für die drei großen Epochen der Zivilisation charakteristisch sind; offene, und neuerdings verkleidete, Sklaverei geht stets danebenher.

Die Stufe der Warenproduktion, womit die Zivilisation beginnt, wird ökonomisch bezeichnet durch die Einführung 1. des Metallgeldes, damit des Geldkapitals, des Zinses und Wuchers; 2. der Kaufleute als vermittelnder Klasse zwischen den Produzenten; 3. des Privatgrundeigentums und der Hypothek und 4. der Sklavenarbeit als herrschender Produktionsform. Die der Zivilisation entsprechende und mit ihr definitiv zur Herrschaft kommende Familienform ist die Monogamie, die Herrschaft des Mannes über die Frau, und die Einzelfamilie als wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft. Die Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft ist der Staat, der in allen mustergültigen Perioden ausnahmslos der Staat der herrschenden Klasse ist und in allen Fällen wesentlich Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse bleibt.

Auszug aus: Friedrich Engels - "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 21, 5. Auflage 1975, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 152-173.
http://www.mlwerke.de/me/me21/me21_152.htm

Wir bleiben in Kontakt



www.dielinke-essen.de



www.essener-morgen.de



facebook.com/dielinke-essen



instagram.com/linkeessen



DIE LINKE. Essen



twitter.com/linkeessen

- Bitte schickt mir weitere Informationen.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden.
- Ich will im Wahlkampf unterstützen.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Mitmachen



Wir brauchen Dich!

Gemeinsam werden wir unsere Forderungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu den Menschen bringen und im eigenen Kiez, im Betrieb oder im Kleingartenverein das Gesicht der LINKEN sein. Hilf uns dabei, stärker zu werden und motiviere andere, mitzumachen. Melde Dich an und lade Freund:innen und Bekannte ein, DIE LINKE zu unterstützen.



dielinke-essen.de/mitmachen/